

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Uwe Pinno

BNP-Lokalpolitiker Mörder von Kibria?

Im Zusammenhang mit dem Anschlag vom 27. Januar (vgl. SÜDASIEN 4-2004) wurde am 20. März 2005 vom *Criminal Investigation Department* Anklage gegen insgesamt zehn Personen erhoben, die der *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) oder der BNP nahe stehenden Organisationen angehören. Drahtzieher des Anschlages, bei dem fünf Menschen starben, unter ihnen der Oppositionsspitzenpolitiker Shah A.M.S. Kibria, soll der Distrikt-Vize-Präsident A.K.M. Abdul Qaiyum (BNP) sein, der sich auf diese Weise seines stärksten Konkurrenten auf dem Weg ins Parlament entledigen wollte. Den Anschlag ausgeführt haben soll ein junger Mann namens Mumin, der für umgerechnet rund 1.000 Euro angeheuert worden war. Qaiyum war bereits am 5. Februar verhaftet worden. Ausführlichere Informationen über den Stand der Ermittlung wurden zunächst zurückgehalten. Die Tageszeitung *The Daily Star* verwies auf eine nicht genannte „ermittlungsnah“ Quelle, die von weiteren Hintermännern ausgehe, über deren Existenz aber nicht weiter geforscht werde. Auch die Hinterbliebenen des getöteten ehemaligen Finanzministers Kibria zeigten sich unzufrieden mit dem Verfahren: Man könne sich kaum vorstellen, dass unbedeutende Lokalpolitiker einen Anschlag dieses Ausmaßes alleine organisiert haben sollen, die jetzt geopfert werden, um die wahren Hintermänner zu decken. Vertrauen wird allein in Ermittlungen des angeforderten US-FBI gesetzt. Mittlerweile ist bekannt geworden, dass die Angeklagten einem Schnellgericht (*Speedy Tribunal*) übergeben werden, angeblich um der Forderung um rasche Aufklärung nach zu kommen.

Journalisten verurteilt

Am 22. März erklärte der *High Court* in Dhaka die sieben Journalisten der Tageszeitungen *Prothom Alo* und *Bhorer Kagoj* der schweren Missachtung des Gerichts für schuldig. Ausgelöst worden war der Rechtsstreit durch Berichte Ende Oktober 2004 über den am 18. August 2004 ernannten *High Court*-Richter Faisal Mahmud Fayeze, der die Noten seines Universitätszeugnisses gefälscht haben soll. Sein Richterstuhl wurde zeitweise geschlossen, da Juristen aufgrund der Meldungen mit Boykott gedroht hatten. Im November letzten Jahres fand eine weitere Anhörung statt, bei der die Journalisten aufgefordert wurden, sich offiziell zu entschuldigen und ihre Quellen offen zu legen. Die Journalisten aber hatten sich bis zuletzt geweigert und sich auf die Pressefreiheit des Landes berufen.

Das Gericht sah die Vorwürfe der Journalisten als nicht bewiesen an und verur-

teilte sie zu Geldstrafen sowie in einem Fall zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Gleichzeitig verwies das Gericht auf die strengen Richtlinien, die die „Unabhängigkeit“ der Justiz schützen sollen. Mit dem Argument der Rechtsstaatlichkeit reagierten jedoch auch zahlreiche Tageszeitungen mit verschiedenen Stellungnahmen, wonach die Unabhängigkeit der drei demokratischen Säulen nur mit einer freien Presse funktionieren könne. Zudem wurde die Frage aufgeworfen, ob die genannten Richtlinien bei Personen der Justiz auch für den Zeitraum vor ihrer Ernennung Geltung haben könnten, da sonst ein Amtantritt einem praktischen Freispruch gegenüber vergangenen Vergehen, die erst später ans Licht kommen, gleich kommen würde. Die verurteilten Journalisten kündigten Berufung an.

RAB-Sergeant bei schwerem Diebstahl erwischt

Am 23. März 2005 drangen neun Personen in das Haus des Viehhändlers Ratan Ali in Dhaka ein und gaben sich als Mitglieder der Spezialeinheit *Rapid Action Battalion* (RAB) aus, die für ihre zahlreichen Tötungen statt Festnahmen bekannt ist (vgl. SÜDASIEN 4-2004). Bei der Hausdurchsuchung fanden die Uniformierten rund 780.000 Taka (rund 9.500 Euro), die „beschlagnahmt“ wurden. Der Händler wurde mit den Worten eingeschüchtert, dass er im „Schusswechsel“ sterben würde, falls er über den Raub Meldung mache. Doch auf seine Hilferufe reagierten zahlreiche Nachbarn, die zu Zeugen des Vorfalles wurden. Während acht Personen flüchten konnten, hielten sie den offensichtlichen Anführer

fest, der sich tatsächlich als RAB-Mitglied entpuppte. Es handelte sich um den 30-jährigen Sergeanten Atiqur Rahman vom RAB-4. Gegen ihn und die acht Flüchtigen wurde Anklage erhoben. Ob es sich bei den Helfern ebenfalls um RAB-Mitglieder handelt, ist noch nicht bekannt. Sergeant Atiqur Rahman sei zum Zeitpunkt des Überfalls nicht im Dienst gewesen und habe auch keine Ausrüstung der Einheit bei sich gehabt, hieß es in einer offiziellen Stellungnahme.

Seit Bestehen des Battalions wurden bislang insgesamt 107 Disziplinarverfahren gegen RAB-Mitglieder eröffnet, unter anderem wegen Bestechung und Schutzgelderpressung von. Der RAB gehören 5.521 Personen an.

... Im Überblick ...

Jagd auf extremistische Islamisten, die offiziell keine sind

Nach den Ereignissen um den Anschlag auf Shah A.M.S. Kibria am 27. Januar 2005 (s.o.) sind - offensichtlich auf Druck des Auslandes - Verhaftungswellen gegen militante Islamisten angerollt. Am 9. Februar wurde die islamistische Organisation *Shadat al Hiqma* verboten, am 23. Februar auch Bangla Bhais *Jagrata Muslims Janata Bangladesh* (JMJB) sowie die Schwesterorganisation *Jamaat-ul-Mujahedin Bangladesh* (JMB). Zudem wurden Hinweise bekannt, dass die verbotene, ursprünglich von Libyen finanzierte, *Al-Haramaine* in manchen Gegenden noch aktiv sei.

Zahlreiche extremistische Islamisten wurden in der Folge von der Polizei verhaftet. Doch Bangla Bhai entkam wieder einmal, zuletzt, Gerüchten zufolge, mit Hilfe der Verwaltung in Rajhahi. Hinweise auf Folterungen Hunderter von Menschen und zahlreiche Tötungen, für die Bangla Bhai verantwortlich sein soll, verdichten sich, obwohl offiziell niemand der

Betroffenen Anzeige erstattet hat. Zu wahrscheinlich sind die Gerüchte bester Verbindungen des Flüchtigen zu Polizei, Politik und Verwaltung und zu groß die Angst vor Racheakten. Die Tageszeitung *New Age* berichtete aus anonymen Nachrichtendienstkreisen, dass Familienangehörige von führenden Lokalpolitikern weiterhin Kontakt zu Bangla Bhai unterhielten. Gleichzeitig bewahrheiteten sich die durch radikale Islamisten zuvor angekündigten Anschläge auf Büros von Nichtregierungsorganisationen wie *BRAC* (*Bangladesh Rural Advancement Committee*) oder die *Grameenbank*.

Indessen forderte der Assistent des Generalsekretärs der *Jamaat-e-Islami*, die Herausgeber der großen Zeitungen einsperren zu lassen. Entweder sei die Berichterstattung über extremistische Islamisten erlogen oder die Journalisten deckten durch ihren Informantenschutz militante Kräfte, so die Begründung.

Auch das Verhältnis zur *Islami Oikya Jote*,

der zweiten islamistischen Partei in der Regierungskoalition, ist durch die Aktionen gespannt: In einem Zeitungsinterview gegenüber *New Age* vom 7. März äußerte sich Fazulul Huq Aminee kritisch gegenüber der BNP sowie der Koalition. Zu der Durchsuchung von rund 150 Medresen äußerte sich der Parteichef der *Islami Oikya Jote* im selben Interview: „man solle lieber *Jamaat* Büros auf der Suche nach Islamisten durchsuchen, nicht Medresen“.

Die BNP-Regierung bleibt erstaunlicherweise und trotz der von ihr selbst initiierten Verhaftungswelle und den fast täglich neuen Erkenntnissen über Netzwerke von islamistischen Gruppierungen bei der Aussage, es gäbe keine militanten Islamisten in Bangladesch. Die Verhafteten seien vielmehr einfache Terroristen und die Aktion diene lediglich dazu, das allgemeine *Law-and-Order*-Problem in der Griff zu bekommen.

Regierung greift Geber scharf an

Am 16. März 2005 griff die Regierungschefin Khaleda Zia im Parlament heftig Geberländer und internationale Geberorganisationen an, die sich in „innere Angelegenheiten“ des Staates einmischen würden: „Ich möchte den Ausländern kategorisch mitteilen, dass Bangladesch nicht nach Diktaten oder Befehlen irgendeiner ausländischen Macht handelt.“ Behauptungen, es gäbe ein islamistisches Problem seien demnach völlig aus der Luft gegriffen und würden ein falsches Bild von islamischen Organisatio-

nen vermitteln, die einen wertvollen Beitrag zur Integration und Harmonie im Land leisteten.

Schärfer noch formulierte Finanzminister Saifur Rahman am Rande des *Economic Reporters Forum*: „Wenn sie [die Geberorganisationen] sich nicht an unsere innere Politik und unseren ökonomischen Programmen anpassen können, sollen sie verschwinden!“, Bedingungen für Hilfsleistungen zu diktieren sei für Bangladesch nicht akzeptabel.

Hintergrund für diese scharfen Äuße-

rungen sind aktuelle Diskussionen zwischen internationalen Geberorganisationen und Bangladesch über Themen der Menschenrechte, der Sorge um die Zunahme des militanten Islamismus und der Korruption, die sich auch in den Wahlsystem fortsetzen könne. So fand in Washington am 23./24. Februar ein von der Weltbank, dem US-State Department und der Europäischen Union organisiertes Treffen der großen Geberorganisationen statt, bei dem auch diese Themen behandelt wurden.

... Im Überblick

Universitätsprofessor ein Islamistenführer?

Aufgrund von Verhören verhafteter radikaler Islamisten wurde Muhammad Asadullah al-Ghalib, Arabisch-Professor an der Universität Rajhahi, verhaftet. Dem gleichzeitigen Oberhaupt der *Ahle Hadith Andolon Bangladesh* (AHAB) wird vorgeworfen, spiritueller Führer mehrerer extremistischer Gruppen zu sein, darunter die *Jagrata Muslims Janata Bangladesh* (JMJB) sowie die *Jamaat-ul-Mujabedeen Bangladesh* (JMB). Aus der AHAB habe er Mitarbeiter für die JMB vermittelt und zum Führer der JMJB, Amir Rahman, unterhalte er enge Kontakte, so die Begründung. Auf seine Empfehlung hin habe Rahman an der berühmten Medina-Universität in Saudi-Arabien studieren können.

Er selbst soll zahlreiche Reisen mit falschen Papieren nach Afghanistan, Indien und Pakistan unternommen haben und stehe im engen Austausch mit Extremisten in der Kashmir-Region. Verwickelt sei er zudem in dem Aufbau eines Netzwerkes der JMB, die 700 von der *Islamic*

Heritage Society erbaute Moscheen als Standorte genutzt habe. Die pakistanischen Konten der *Islamic Heritage Society* wurden schon im Zuge der Anschläge um den 11. September 2001 eingefroren.

Ghalib gründete in den letzten Jahrzehnten islamische Wohlfahrtsorganisationen, deren Zersplitterung auf die Verbreitung radikalen islamistischen Gedankengut hinweisen. Gelder aus dem Nahen Osten für die Aktivitäten von Ghalib seien über Abdul Matin Salafi zu ihm geflossen, ein islamischer Führer, den Präsident Ershad 1988 als Staatszersetzer ausweisen ließ.

Ghalib bestritt indessen, irgendeine extremistischen Gruppen unterstützt zu haben und ließ sich seine Unschuld vom Bürgermeister von Rajhahi (BNP) und dem Parlamentsabgeordneten Maolana Abdul Khalek (*Jamaat-e-Islami*) bescheinigen. Sollten sich die Verwürfe aber bestätigen, wäre ein wichtiger Knotenpunkt extremistischer Islamisten in Bangladesh aufgedeckt worden.

Tornados verwüsten den Norden Bangladeschs

Ende März kamen mindestens 54 Menschen in den Distrikten Gaibandha und Rangpur in Folge mehrerer Tornados um, mehr als 500 Menschen wurden verletzt und Tausende vorübergehend obdachlos. Die tropischen Wirbelstürme mit mehr als 100 Stundenkilometer Windgeschwindigkeit zerstörten rund 3.000 ein-

fache Lehmhäuser, entwurzelten Bäume und kappten zahlreiche Stromleitungen, selbst in der Hauptstadt Dhaka. Einige Dörfer wurden nach ersten Schätzungen zu rund 95 Prozent zerstört.

Da solche Wirbelstürme meist während des Sommermonsuns eintreten waren die Menschen im Frühjahr nicht auf ein sol-

Rauchverbot an öffentlichen Plätzen

Am 13. März 2005 billigte das Parlament eine Gesetzesvorlage zur Einschränkung des Tabakkonsums. Das mittlerweile in Kraft getretene Gesetz sieht vor, Werbung von Tabakprodukten in Zeitungen, Zeitschriften, Büchern sowie im Radio und Fernsehen zu verbieten.

Zudem wurde das Rauchen an öffentlichen Plätzen, wie etwa Regierungsgebäude, Flughäfen, Bildungseinrichtungen, Kliniken, verboten, mit Ausnahme besonders kenntlich gemachter Raucherbereiche. Zuwiderhandlungen werden mit einem Bußgeld von 50 Taka (ca. 60 Euro-Cent) geahndet. Die Regierung kündigte an, in Zusammenarbeit mit der WHO einen Plan auszuarbeiten um bis 2010 den Tabakkonsum um die Hälfte zu senken. Jährlich sterben in Bangladesh rund 57.000 Menschen an den Folgen des Rauchens. Weitere 400.000 erkranken jedes Jahr durch den Konsum von Tabakprodukten.

ches Naturereignis vorbereitet. Nur wenige Tage später trafen weitere Wirbelstürme auch Regionen im Süden und Westen Bangladeschs, so dass die Opferzahl auf insgesamt mehr als 80 stieg. Die Wahrscheinlichkeit weiterer Wirbelstürme wurde vom nationalen Wetterdienst als hoch eingeschätzt.